

WIDERSTAND GEGEN ATOMWAFFEN



INTERVIEW

„Wir haben es in der Hand, mitzugestalten“

S. 04

JUBILÄUM

Von der Straße in den Seminarraum

S. 06

FRIEDENSBILDUNG

„Dies ist unser Schrei!“

S. 09

WIR FEIERN GEBURTSTAG! Das Friedensbüro darf auf 35 Jahre, *Der Kranich* mittlerweile schon auf 40 Jahre zurückblicken. Anlass genug, einen Blick in unser Archiv zu werfen und ein prägendes Thema unserer Anfangszeit wieder ins Zentrum zu rücken: Atomwaffen. Wenngleich das Bewusstsein für diese Gefahr gegenwärtig aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden zu sein scheint, hat die Thematik nichts an Aktualität eingebüßt. Die vorliegende Ausgabe möchte den Bogen von der Vergangenheit zu gegenwärtigen Projekten gegen Atomwaffen schlagen und einen Einblick in ein Kooperationsprojekt mit den Salzburger Festspielen bieten. Unter dem Titel „Dies ist unser Schrei!“ arbeitete das Friedensbüro gemeinsam mit Kulturvermittler*innen an Schulen in Stadt und Land Salzburg zur Geschichte Sadako Sasaki, einem der wohl bekanntesten Opfer des Atombombenabwurfes auf Hiroshima.

Die Redaktion



INHALT

02 **Kommentar**

03 **Kurz & Bündig**

04 **„Wir haben es in der Hand, mitzugestalten“**

06 **Von der Straße in den Seminarraum**

08 **„Hiroshima ist keine Automarke“**

09 **„Dies ist unser Schrei!“**

12 **Abrüsten fürs Klima!**

14 **Veranstaltungen**

Sabina Lumesberger, Sozialarbeiterin & Referentin für politische Bildung im Friedensbüro



Kleine Stimmen gegen eine große Bedrohung

Das Friedensbüro Salzburg feierte im September sein 35-jähriges Bestehen. Die weltweiten Proteste der 1980er Jahre gegen den Kalten Krieg und der damit einhergehende Rüstungswettlauf waren Anlass für die Bildung dieser institutionalisierten Friedensbewegung in Salzburg, welche sich bis heute für sozialen und globalen Frieden engagiert und Bildungsangebote zu Gewaltprävention, ziviler Konfliktbearbeitung und Politischer Bildung setzt.

Rund drei Jahrzehnte später scheint es allerdings still um die globale Anti-Atom-Bewegung geworden zu sein. Liegt dies an einer mangelnden Sensibilität für die schwerwiegende Bedrohung durch Atomwaffen? Oder liegen die Atombombenabwürfe auf die japanische Städte Hiroshima und Nagasaki des Jahres 1945 so weit zurück, dass sie in Vergessenheit geraten? Spielen Atomwaffen nach Ende des Kalten Krieges welt- und friedenspolitisch überhaupt noch eine Rolle?

Die vorliegende Kranich-Ausgabe möchte diese Fragen aufgreifen und eine Auseinandersetzung dahingehend anregen, weshalb es auch heute noch von immenser Bedeutung ist, sich dafür einzusetzen, dass sich die nukleare Kraft nicht erneut entlädt. Wenngleich Lehren aus den schrecklichen Ereignissen in Hiroshima und Nagasaki gezogen wurden, haben sich Atomwaffen in den letzten Jahrzehnten enorm weiterentwickelt und sich die Verhandlungen um ein globales Atomwaffenverbot als schwierig erweisen. So scheint es doch beinahe grotesk, dass die nukleare Abschreckung und die Gefahr gegenseitiger Zerstörung als Fundament für eine friedliche Welt dienen sollen.

Einen Teil seiner Arbeit hat das Friedensbüro Salzburg daher der Frage gewidmet, was jede*r von uns zu einer atomwaffenfreien Welt beitragen kann. Ausgehend vom Schicksal Sadako Sasaki, eine der weltweit bekanntesten Hibakushas, wurde mit Schüler*innen im gesamten Bundesland Salzburg auf performative Art und Weise an der Schärfung des friedenspolitischen Bewusstseins gearbeitet.

Wenngleich Massenbewegungen gegen atomare Bewaffnung heutzutage beinahe zum Erliegen gekommen sind, ist die Problematik atomarer Kriege auf der internationalen Bühne stets präsent. So soll gesagt sein, dass die Stimmen gegen diese militärische Bedrohung nicht verstummen sollen. Auch kleine Stimmen werden laut, wenn sie im Chor ertönen.

Sabina Lumesberger

KONTAKTBOX

So können Sie uns erreichen:

Friedensbüro Salzburg

Franz-Josef-Str. 3, 5020 Salzburg

tel: 0662/87 39 31

e-mail: office@friedensbuero.at

www.friedensbuero.at

Bankverbindung: Salzburger Sparkasse,
IBAN: AT102040400000017434

Öffnungszeiten:

Mo&Mi: 9–11 Uhr • Di&Do: 15–18 Uhr

IMPRESSUM

DER KRANICH

Nr. 03/2021

An der Erstellung dieser Ausgabe haben mit-

gewirkt: Christine Czuma, Hans Peter Graß, Kristina Langeder-Höll, Magdalena Mühlböck, Desirée Summerer, Barbara Wick. **Layout:** Kristina Langeder-Höll

Titelbild: Anna Feiler/Salzbürger Festspiele

Grafisches Grundkonzept: Eric Pratter

Kurz & Bündig

Autonome Tötungsmaschinen

Während Kampfroboter im Science-Fiction Genre schon lange zur Grundausstattung gehören, finden vollautonome Waffensysteme mittlerweile auch Einzug in die Rüstungspolitik vieler Nationen. Die Wurzeln der militärischen Roboter reichen bis in die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts zurück. Durch neueste Technik werden sie ständig präzisiert und perfektioniert, sodass sie auch ohne menschlichen Einfluss eigenständig Ziele auswählen und angreifen können. Die Verlagerung des Tötens in ein technisches Medium erinnert an Marshall McLuhans Das Medium ist die Botschaft (1967). Durch die Verwendung von autonomen Waffen wird der menschliche Aktionsradius verlängert und das Töten „ausgelagert“. Durch diese Verschiebung wird die Industrialisierung in der Kriegsführung weiter vorangetrieben, während die Aktion des Tötens selbst zunehmend verfremdet wird. Die moralische Frage nach Verantwortung wird in diesem Hintergrund nicht nur komplexer, sondern gar unlösbar. Das ist u.a. der Grund, weshalb sich 2012 die internationale Kampagne zur Abschaffung von autonomen Waffensystemen in New York und 2019 ein Ableger in Österreich gegründet hat. Unabhängig vom Töten selbst, lenkt die Art der Vernichtung maßgeblich unser Denken. Der Einsatz eines Medium, das keinerlei Reue und Mitgefühl zeigen kann, negiert jegliche Wahrnehmung des Menschen in seiner Würde und verletzt daher fundamental die Menschenrechte.

MM

Klasse im Präsenzmodus

Schüler*innen erlebten den Umgang miteinander in Zeiten des Onlineunterrichts als psychische wie soziale Herausforderung. Die Möglichkeit, sich selbst in der Gruppe zu erleben, den eigenen Platz auszuloten, andere kennen und einschätzen

zu lernen, beschränkte sich für viele auf die Intervalle zwischen den Lockdowns. Digitale Kommunikationsmittel und Onlinenetzwerke galten häufig als einzige Möglichkeit, um Freundschaften notdürftig aufrechtzuhalten. Kleinere Gruppen, die in diesen unsicheren Zeiten Sicherheit und Halt geben, haben sich verfestigt, während die Identität als Klasse bröckelte, denn digitale Kontakte ersetzen die Sozialisation in Gruppen nicht. Zurück im realen Raum ist wieder alles anders: Das ungewohnte Setting in der Klasse bewirkt neue Unruhen, Unsicherheit und Lärm. Unterschiedlichste Bedürfnisse schreien nach Anerkennung, Schüler*innen suchen nach Orientierung und Klarheit. Die Schule als verlässlicher Platz und wichtiges soziales Umfeld muss wieder etabliert werden. Dafür braucht es Zeit und viel Energie. Überschaubare Regeln, Rituale, klare und nachvollziehbare Abläufe sowie eine verlässliche Struktur und Transparenz sind gefragt. Kenntnisse über den gruppenspezifischen Verlauf unterstützen darin, die Identität als Gruppe zu finden und das Vertrauen in sich und das Team wieder wachsen zu lassen. Expert*innen von außen können dafür eine wertvolle Ressource sein.

BW

Permanentes Scheitern

Das Friedensbüro feiert in diesem Jahr den 35. Geburtstag. Der Blick ins Archiv lässt regelmäßig die friedenspolitischen Szenarien der 80er aufleben. Während einen die handgestrickten Flugblätter, Zeitschriften und Plakate schmunzelnd zurücklassen, ist die politische Agenda gnadenlos aktuell. „Sowjetunion raus aus Afghanistan“ und ein Ende der Besatzung fordert da in einem Flugblatt 1986 der am Westen orientierte Pol des sogenannten Ost-West-Konfliktes. Auch die Gegenargumente muten bekannt an: Ein Abzug der sowjetischen Truppen würde Frauen ohne Rechte, Kinder ohne Bildung, die afghanische Zivilgesellschaft schutzlos zurücklassen, die vom Westen unterstützten Mujahedin das Land in das Mittelalter zurückführen. Dass der 1989 erzwungene Abzug der sowjetischen Besatzer das ausgebeutete Land im Chaos zurücklassen würde, ist nicht die einzige Parallele zu den aktuellen Ereignissen in vertauschten Rollen. Das Scheitern von militärischen Interventionen, werden sie nun geopolitisch, ökonomisch oder humanitär begründet, ist ein durchgehendes Muster imperialer Politik. Würde dieses Scheitern nicht permanent Unschuldige treffen, könnte man daraus sogar Hoffnung schöpfen.

HPG

Das Zitat



FOTO: Amrei-Marie | Wikimedia Commons

„Spätestens, allerspätestens mit dem, was wir in Moria, an allen EU-Außengrenzen, was wir in Afghanistan zulassen, haben wir jeglichen Anspruch auf moralische oder gar zivilisatorische Überlegenheit verwirkt. Bitte schminken wir uns jede Form von Überheblichkeit ab.“ (Nava Ebrahimi, Schriftstellerin, Rede zur Eröffnung des Burgtheaters, 5. September 2021, Wien)

„Wir haben es in der Hand, mitzugestalten“

Das Gespräch führten Christa Wieland und Magdalena Mühlböck.



FOTO: ICAN Austria

Die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) ist eine internationale Koalition von NGOs, die 2017 für ihr Engagement den Friedensnobelpreis verliehen bekommen haben. Im Interview gibt die Mitbegründerin des österreichischen Zweigs Nadja Schmidt Einblick in die Arbeit des Vereins.

Kranich: Du bist Obfrau von ICAN Austria. Könntest du eure Arbeit und Ziele kurz vorstellen?

Schmidt: Gemeinsam mit Studienkolleg*innen und Freund*innen haben wir 2012 den österreichischen Zweig von ICAN als eigenständigen österreichischen Verein gegründet und aufgebaut. ICAN ist die „Internationale Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen“, die es seit 2007 gibt. Sie fungiert als Plattform oder Kampagnenkoalition unterschiedlicher NGOs und Organisationen aus der ganzen Welt, die sich dem Ziel verschreiben, Nuklearwaffen abzu-

schaffen. Unser Ziel in Österreich war es, dass das Außenministerium bzw. das Parlament international eine Vorreiterrolle einnehmen und aktiv für die Realisierung eines Verbots von Nuklearwaffen eintreten soll. Höhepunkte der letzten Jahre waren eine internationale Konferenz in Wien (s. Verweise, Anm.), eine einstimmige Resolution aller Parlamentarier*innen, die den Umfang des späteren Verbotsvertrages bereits vorwegnahm, sowie die u.a. von Österreich eingebrachte UN-Resolution, die letztendlich die Verhandlungen über ein Verbot möglich gemacht hat.

Kranich: Wie ist ICAN organisiert und das Team aufgestellt?

Schmidt: Die Kampagnen-Koalition besteht in 106 Ländern mit 607 Partnerorganisationen. Wir koordinieren uns untereinander für Aktionen und Ziele. Außerdem gibt es das ICAN Büro in Genf, wo derzeit 12 hauptamtliche Personen mit Beatrice Fihn als internationale Direktorin tätig sind. ICAN wird von einem internationalen Vorstand geleitet, der aus 11 Organisationen aus allen Kontinenten besteht. Im österreichischen Verein kann man auch Mitglied werden.

Kranich: Wie funktioniert eure Aufklärungsarbeit in Bezug auf die Bildsprache, die auf der Homepage verwendet wird?

Schmidt: Hier gibt es zwei unterschiedliche Zugänge: unsere Advocacy-Arbeit und die Bildungsarbeit, für die wir jeweils mit verschiedenen Schwerpunkten arbeiten. Mit der Gründung von ICAN sollte die Abrüstungsdebatte wiederbelebt sowie die Wirkungen und Konsequenzen von Nuklearwaffen auf Menschen und Umwelt in den Fokus gestellt werden. Für die Advocacy-Arbeit wurden dafür mit Wissenschaftler*innen, Universitäten, NGOs und Partnerorganisationen Studien und Berichte herausgegeben, um viele Informationen bereitzustellen. Die Konsequenzen von Nuklearwaffen sind katastrophal, darum ist meist auch das Bildmaterial dementsprechend. In der Bildungsarbeit in Schulen und mit Jugendlichen arbeiten wir mit positiveren Bildwelten.

Kranich: Inwieweit betreibt ICAN Bewusstseinsbildung auch in Bezug auf die Testungen von Atomwaffen?

Schmidt: Ein wichtiger Teil unserer Arbeit war von Anfang an die Zusammenarbeit mit Augenzeug*innen und Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki, sowie Opfern von Nuklearwaffentests. Diese haben wir zur UNO-Generalversammlung oder Konferenzen gebracht, damit sie über ihre Erfahrungen sprechen. Aber auch um zu zeigen, dass wir mittlerweile in der dritten und vierten Opfergeneration sind und das Thema noch immer aktuell ist. Wir haben auch viel mit dem ICRC, dem internationalen Komitee des Roten Kreuz, gearbeitet, die 1945 als erste vor Ort waren und bestätigen können, dass es keine Möglichkeit gibt, bei Einsätzen von und Unfällen mit Nuklearwaffen angemessen reagieren und helfen zu können. In Österreich gibt es z.B. nur eine Handvoll Betten für Schwerstverbrennungsfälle. Durch die Zusammenarbeit mit Opfern von Tests wollen wir zeigen, wo und in welchem Ausmaß diese stattgefunden haben. 2022 wollen wir Menschen aus Kasachstan, Algerien oder auch aus Uranabbaugebieten nach Wien bringen, damit sie als Augenzeug*innen berichten können, weil wir immer versuchen, die persönlichen Geschichten der Menschen in den Fokus zu stellen. Ein weiterer Punkt unserer Arbeit ist die Frage der Finanzierung von Nuklearwaffen: Wir wollen eruieren, welche Banken oder Pensionsfonds die Produktion von Nuklearwaffen unterstützen, um sie dann mithilfe von Kampagnen zum Ausstieg zu

bewegen. Damit versuchen wir das Gesamtbild abzudecken und nicht nur den Fall, dass der Krieg ausbricht, denn Nuklearwaffen sind eine Belastung für Menschen und Umwelt. Darunter fällt auch die Produktion und die Frage nach Mitbestimmungsrecht von marginalisierten Bevölkerungsgruppen bzw. nuklearem Kolonialismus.

Kranich: Wie geht man mit den Opfern von Tests um?

Schmidt: Um diese Frage wird es bei der Staatenkonferenz im März 2022 in Wien gehen. Bis es den Verbotsvertrag gab, waren die Rechte für Opfer - sei es von Tests, Atomwaffeneinsätzen oder Uranabbau - international vertraglich nicht anerkannt. Der TPNW (=Atomwaffenverbotsvertrag) ist der erste Vertrag, der dies tut, und wir sind sehr stolz, dass wir dies im Vertrag verankern konnten. Als Vorbereitung werden wir in Österreich ein Campaigner-Meeting organisieren, um uns zusammenzuschließen. Wir haben es in der Hand, mitzugestalten.

Kranich: Wie wird der Vertrag zum Gesetz?

Schmidt: 122 Staaten haben 2017 in der UN für den Vertrag gestimmt und den Vertragstext verabschiedet. Derzeit haben ihn 86 Nationen unterzeichnet und 56 Staaten ratifiziert. Um ratifiziert zu werden, muss ein internationaler Vertrag in den meisten Staaten vom Parlament und Präsidenten bestätigt bzw. verabschiedet werden, dann wird er zu geltendem Recht. Bei der kommenden Konferenz in Wien muss der Vertrag mit konkreten Inhalten gefüllt werden und Fragen wie z.B. Opferrechte oder Überprüfung der Einhaltung geklärt werden.

Kranich: Von den Atomwaffenstaaten hat ja niemand den Vertrag unterzeichnet. Gibt es da auch Versuche, diese Staaten verstärkt zu aktivieren?

Schmidt: Natürlich. Was den Verbotsvertrag betrifft, wird eventuell ein Observer-Status ermöglicht, um auch jene Staaten miteinzu beziehen. Interessant ist dieser Status z.B. für EU-Mitglieder, die auch Teil der NATO sind. Eine NATO-Mitgliedschaft und die Abschaffung von Nuklearwaffen widersprechen sich nicht. Außerdem will die große Mehrheit der Bevölkerung der Staaten, die Nuklearwaffen stationieren, diese nicht im Land haben. Im Verbotsvertrag spielt zusätzlich die Zivilgesellschaft eine starke Rolle. Auch die Länder des globalen Südens waren ganz wichtige Akteure für die Verwirklichung des TPNW,

weil erstmals alle Staaten eine Stimme hatten und da der globale Süden schon nuklearwaffenfrei ist. Der TPNW ist nicht ausschließend, sondern soll Prozesse einfacher machen und niemanden ausschließen.

Kranich: Was können wir als Friedensorganisation und Einzelpersonen zur Unterstützung der Kampagne tun?

Schmidt: Jede*r kann sich ansehen, ob die eigene Bank oder der Pensionsfond in Atomwaffen investieren, um diesen dann mitzuteilen, dass man das nicht möchte. Wichtig ist auch die Aufklärungsarbeit in allen Bevölkerungsschichten, um darauf hinzuweisen, dass die Gefahr auch Österreicher*innen betrifft: In Büchel und Aviano lagern in nächster Nähe von Österreich Atomwaffen. Wir können die Initiativen unterstützen, die dagegen auftreten, weil es uns alle betrifft. Workshops in Schulen und Universitäten sollen zeigen, dass die Prozesse offener geworden sind, und die Zivilgesellschaft und NGOs teilnehmen können. Wenn man sich in den Organisationen engagiert und sie unterstützt, kann man etwas bewirken und definitiv gestalten. Internationale Politik ist kompliziert, aber wenn man es sich konkret ansieht und erklärt bekommt, ist es gar nicht mehr so komplex. Es gibt viele Ansatzpunkte, wo man aktiv werden kann.

Kranich: Danke für das Gespräch!

Nadja Schmidt studierte Politikwissenschaft & Publizistik an der Universität Wien sowie Interdisciplinary European Studies am College of Europe. 2012 initiierte sie als Mitgründerin den österreichischen Zweig der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN), einer internationalen Koalition von NGOs die 2017 für ihr Engagement den Friedensnobelpreis verliehen bekommen haben. Zusätzlich ist Nadja Schmidt seit 2017 CEO & Gründerin von Visuelles, einem Büro für digitale Kommunikation in Wien.

ICAN Austria ist der österreichische Zweig der weltweit aktiven Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen. Mit der Unterstützung der Öffentlichkeit und Entscheidungsträger*innen setzen wir für die Ächtung der Atomwaffen ein. www.icanaustria.at

Verweise:

Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen, 8.-9. Dezember 2014, Wien.

Hans Peter Graß, Geschäftsführer im Friedensbüro Salzburg



Von der Straße in den Seminarraum

Zum 35-jährigen Jubiläum des Friedensbüro Salzburg

Von Hans Peter Graß.



BILD: Friedensbüro Salzburg (Archiv)

Anlässlich des 35. Geburtstages des Friedensbüro Salzburg (und des 40. Geburtstages des Kranich) wirft Geschäftsführer Hans Peter Graß einen Blick ins Archiv. Wie hat sich das Friedensbüro institutionalisiert? Welche Themen begleiten unsere Arbeit seit Anfang an? Und wohin haben wir uns als Verein in den vergangenen Jahren bewegt?

Ein Häufchen junger Leute tummelt sich am Salzburger Alten Markt um ein noch nicht fertiges Transparent. Die Passant*innen beobachten interessiert bis skeptisch das engagierte Treiben. Lediglich der Haarschnitt der jungen Aktivist*innen verrät, dass es sich dabei weder um Akteur*innen von Fridays for future handelt, noch um die Vorbereitung einer Kundgebung von Gegner*innen der aktuellen Corona-Maßnahmen.

Die Szenerie spielt zu Beginn der 1980er-Jahre. Als Folge der 68er-Revolution hat sich auch in Österreich eine bunte, engagierte Szene entwickelt, die – im Nachhinein betrachtet – für viele Akteur*innen der Frauen-, der Solidaritäts-, der Ökologie-, der Anti-atom- oder auch der Friedensbewegung

einen wesentlichen Sozialisierungs- und Politisierungsschub bewirkt hat. Die Themen und Anliegen fließen ineinander, die Akteur*innen überschneiden sich, die klassischen Aktionsformen, die öffentliche provokante Erregung, die Radikalität, aber auch die offensichtliche Spontaneität, unreflektierte Schwarzweiß-Schemata und handgestricktes Material prägen den öffentlichen Raum. Sogar im gar nicht studentisch geprägten Salzburg entwickelt sich eine engagierte Szene: 1981 schließen sich unter dem Namen „Salzburger Personenkomitee für Frieden und Abrüstung“ zunächst Einzelpersonen zusammen, deren erster gemeinsamer Focus der sogenannte NATO-Doppelbeschluss, die drohende Stationierung von Cruise Missiles und Pershing-Mittelstrecken-

raketen in der damaligen Bundesrepublik, war. Neben diesen Auswüchsen des Kalten Krieges entwickelte sich eine Themenpalette, die sich verdächtig aktuell anfühlt: Atomare Aufrüstung, Antikriegsproteste, Abfangjäger, Wehrdienstverweigerung, gewaltfreie Erziehung und die Aufarbeitung der Kriegsvergangenheit – um nur einige zu nennen.

Vergegenwärtigt man sich diese Themenpalette, schwankt man zwischen resignativer Ernüchterung und wohltuender Anerkennung.

Dass sich die Problematik von Aufrüstung und globaler Ungerechtigkeit in den folgenden Jahren massiv verschärft hat, ist nicht von der Hand zu weisen. Auch, dass sich die

Frage der Luftraumüberwachung vom Draken bis zum Eurofighter als Perpetuum mobile der österreichischen Verteidigungspolitik erweisen würde und die damit verbundenen Korruptionsfälle die österreichischen Gerichte noch jahrzehntelang beschäftigen würden, hat sich erst nachträglich herausgestellt.

Und doch stehen die Themen ins Auge, die ganz offensichtliche massive positive Auswirkungen auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen der Folgejahre hatten: In den 70er und 80er Jahren galt die Thematik der Wehrdienstverweigerung für eine ganze Generation von jungen Männern als Quelle ihrer Politisierung. Weit in die gesellschaftliche Mitte hinein galten Wehrdienstverweigerer als unmännliche und feige „Drückeberger“, die nicht bereit wären, für ihr Vaterland ihr Leben zu lassen. Erst die Abschaffung der leidigen „Zivildienstkommission“ führte zu einer Entpolitisierung der Thematik. Dass aber gerade im Kontext der Debatte um die Wehrpflicht das - mittlerweile zum Erfolgskonzept aufgestiegene Projekt „Zivildienst“ - dazu verwendet wurde, die Wehrpflicht in Österreich zu retten, ist ein zumindest hart erkämpfter Treppenwitz der Geschichte.

Vergegenwärtigt man sich nachträglich den Zustand der österreichischen Kriegsaufarbeitung zum Zeitpunkt der 80er-Jahre und vergleicht ihn mit gegenwärtiger Praxis von Erinnerungskultur, tun sich Welten auf. Allein die Debatte um die Kriegsvergangenheit des Kurt Waldheim, die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht oder die Terminologien in Bezug auf Wehrmachtsdeserteure als Vaterlandsverräter, mutet an, als wären inzwischen doch viel mehr als nur dreißig Jahre vergangen.

Das Thema, das wohl am meisten in der gesellschaftlichen Mitte angelangt ist, ist der Stellenwert von gewaltfreier Konfliktbearbeitung im privaten, politischen und gesellschaftlichen Kontext. Die „gunde Watschn“ ist einer weitgehenden Tabuisierung direkter personaler Gewalt gewichen. Die Schwarze Pädagogik der Nachkriegszeit ist – zumindest aus den offiziellen Bildungszielen in Schul- und Familienpolitik – verschwunden und von einer Fülle von reformpädagogischen und ganzheitlichen Projekten ersetzt worden.

Die Praxis der Mediation – lange Zeit lediglich in pazifistischen Grasroots-Bewegungen praktiziert – hat sich zu einer anerkannten und unverzichtbaren Form der Konfliktbearbeitung in privaten, schulischen, ökonomischen und politischen Sphären entwickelt.

Ein kleines Detail aus der Anfangsszene dieses Artikels: Die Aktivist*innen, die sich am Alten Markt auf ihre Aktion vorbereiteten, werkten gerade an einem Transparent mit dem Titel „Wohnungen statt Kasernen“. Welch visionäre und aktuelle Forderung, die der damals schon aktuellen Wohnungsnot im teuren Salzburg entgegenwirken sollte. Heute ist die Forderung Realität. Auf dem Areal der Riederburgkaserne wurden moderne Wohnanlagen errichtet. Und in der Panzerhalle der Struberkaserne sind Kreativunternehmen mit fünfhundert Arbeitsplätzen eingezogen.

1986 werden im UNO-Jahr des Friedens dem Personenkomitee für Frieden und Abrüstung von der Salzburger Stadtpolitik Räumlichkeiten zu Verfügung gestellt – das Salzburg Friedensbüro, das in diesem Jahr sein 35jähriges Jubiläum feiert. An diesem Punkt sei ein Szenewechsel ins Jahr 2021 angebracht:

Die Bilder, die das Friedensbüro Salzburg heute in ihren Präsentationsformaten zeigt, beschreiben Menschen in Seminarräumen, Schulklassen, Veranstaltungssälen oder Jugendzentren, die sich in Gruppen konzentriert auf die Bearbeitung eines gemeinsamen

Konfliktes oder die Vermittlung eines gesellschaftlich relevanten Themas fokussieren. Aus der lebendigen, spontanen Basisinitiative hat sich eine in der Salzburger Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft anerkannte und verankerte Einrichtung entwickelt, die sich auf das Gebiet der Friedensbildung konzentriert hat. Die Entwicklung von der Bewegung zur Institution teilt das Friedensbüro mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die in den 80er-Jahren in schönster Grasroots-Tradition aus dem Boden geschossen sind. Wenn es ein Markenzeichen des Friedensbüros Salzburg gibt, dann ist es der permanente Versuch, diese Elemente der Dynamik und der Stabilität miteinander in Verbindung zu halten und sich gegenseitig bereichern zu lassen

Während sich die aktiven Menschen aus den ehemaligen politischen Bewegungen in Sommerakademien, Lehrgängen und internen Klausuren die Köpfe zerbrechen, gehen wieder – nicht nur – junge Menschen auf die Straße, um lautstark auf ihre Anliegen hinzuweisen, provokant, spontan, handgestrickt und sympathisch unprofessionell.

Für die Zivilgesellschaft stellt sich die Frage, ob es – nach einem gelungenen Marsch in die Institutionalisierung – notwendig sein wird, den hochresonanten Bereich der Artikulation im öffentlichen Raum wieder mit zu beleben oder rückzugewinnen.

Hans Peter Graß ist Geschäftsführer im Friedensbüro Salzburg.



BILD: Friedensbüro Salzburg (Archiv)

Manfred Sauer, österreichische Sektion IPPNW /
Zeitung betrifft Frieden



„Hiroshima ist keine Automarke“

Zum Gedenken an die Atombombenabwürfe 1945

Von Manfred Sauer.

Der Atombombenabwurf über Hiroshima und Nagasaki am 6./9. August 1945 stellt einen der fatalsten Angriffe der Menschheitsgeschichte dar. Auch in Österreich wird jährlich den Ereignissen gegen Ende des zweiten Weltkriegs gedacht.

„Hiroshima ist keine Automarke“ - mit diesem Motto samt japanischem Auto haben die Veranstalter*innen 1998 am 6. August gegen das Vergessen angekämpft und Menschen zum neugierigen Innehalten bewegen wollen. Seit Jahrzehnten wird an diesem Tag am Wiener Stephansplatz der Opfer der zwei einzigen kriegsmäßig eingesetzten Atomwaffen gedacht. Ganz in japanischer Tradition bewegt sich mit Einbruch der Dunkelheit ein Laternenzug zum Teich vor der Karlskirche, wo die Laternen auf das Wasser gesetzt werden. Das erinnert an die brennenden Menschen, die sich damals verzweifelt in den Fluss gestürzt hatten.

Alles begann Ende der 70er Jahre, als eine japanische Studentin zusammen mit Wiener Freund*innen beschloss, als Hiroshima-Gruppe aktiv zu werden. Zunächst waren Info-Broschüren, Schulauftritte mit Dia-Serien und Kranich-Falten angesagt. Dazu gab es das Bemühen, dieses Thema in die Schulbücher zu bringen. Es fand eine Gedenkveranstaltung mit Laternen bei der Friedensbrücke statt, die aber bald von den Behörden untersagt wurde. Bald begann ein gemeinsames Auftreten mit der Wiener Friedensbewegung am Stephansplatz und Ende der 80er entstand die Idee des Sammelns von Grußbotschaften. Zunächst nahmen nur einige Prominente teil, später jährlich mehrere hunderte aus dem In- und Ausland (z.B. die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki). Es schreiben Personen aus Kunst, Kultur, Politik, Religion und Zivilgesellschaft, samt Bundespräsident und Kardinal. Ob es nur ein Satz ist oder mehrere Seiten, es sind wichtige Zeichen des Engagements für eine atomwaffenfreie Welt.

Bescheidene Ressourcen und doch große Wirkung

Jährlich am 6.8. gibt es ein buntes Programm mit Info-Stand, mehrsprachigen Flugblättern, Musikbeiträgen von Ernst Toman (Friedensinitiative 22 Donaustadt) und dem Duo Bergmaier und Sacher, die auch die technische

Anlage aufbauen. Durch den guten Kontakt zur Dompfarre bekommen wir dort Strom und ein Ausweichquartier bei Regen. Moderation und Statements von NGO-Vertreter*innen und jenen des Außenministeriums ergänzen das Programm. Das Rote Kreuz führt mit dem CBRN-Zug „Strahlungsmessungen“ durch, um den Menschen klar zu machen, dass medizinische Hilfe nach einer Atomwaffenexplosion nicht mehr möglich ist. Der buddhistische Mönch Gyosei Masunaga von der Friedenspagode ist Anziehungspunkt für viele Tourist*innen. Grußbotschaften werden am Boden aufgebracht und können gelesen werden. Es fanden schon Performances japanischer Künstler*innen statt, die den Sprengkopf einer Papprakete abgeschlagen oder eine Friedensballonfahrt durchgeführt haben. Printmedien oder das Fernsehen berichten regelmäßig. Auf dem belebten Platz gibt es viel Publikum, und manche Tourist*innen machen spontan beim Laternenzug mit. Besonders stolz sind die Veranstalter*innen, wenn Überlebende (Hibakusha) zu Gast sind, wie etwa der bald 91-jährige Kazuo Soda. Jetzt erst konnten die in Japan ausgegrenzten Opfer kostenlose medizinische Hilfe erkämpfen.

Vom Gedenken zum Engagement

Das Gedenken ist das eine, das Eintreten gegen Atomwaffen, gegen Rüstung und für eine friedliche Welt ist das andere und immerwährend aktuell und notwendig. Österreich ist zwar laut Verfassung „atomfrei“, aber in relativer Nähe sind Atomwaffen stationiert (Aviano/IT, Büchel/DEUT). Weder durch Verträge noch in Verhandlungen haben Atomwaffenstaaten auf diese Massenvernichtungswaffen verzichtet. Österreich hat mit anderen Staaten einen Atomwaffenverbotsvertrag gefordert. Dank der Zivilgesellschaft und der Diplomatie ist dieser Vertrag am 22.1.2021 in Kraft getreten. Ein wichtiges völkerrechtliches Faktum, auch wenn Atomwaffenstaaten und ihre Verbündeten erst beitreten müssen. Die erste Staatenkonferenz findet vom 22.-24.3.2022 in Wien statt. Engagement zahlt sich aus und hat Erfolg!

Manfred Sauer ist im Vorstand von OMEGA (Österreichische Mediziner*innen gegen Gewalt und Atomgefahren, österreichische Sektion von IPPNW) und Chefredakteur der Zeitung betrifft Frieden.



BILD: Alois Reisenbichler



Kristina Langeder-Höll, Referentin für politische Bildung

„Dies ist unser Schrei!“

Ein Rückblick auf ein partizipatives Jugendprojekt in Kooperation mit den Salzburger Festspielen

Von Kristina Langeder-Höll.



BILD: Kristina Langeder-Höll

In Kooperation mit den Salzburger Festspielen arbeitete ein Team aus dem Friedensbüro gemeinsam mit Kulturvermittler*innen an Schulen in Stadt und Land Salzburg zur Geschichte Sadako Sasaki. Die Klassen setzten sich mit Fragen von Krieg und Frieden, Teilhabe und Widerstand auseinander und reflektierten gemeinsam ihre Vorstellungen und Werte an der Schnittstelle zwischen Kultureller und Politischer Bildung.

Das Jahr 2020 markierte das 100-jährige Bestehen der Salzburger Festspiele. Dass das Thema Frieden dabei eine wichtige Rolle spielte, verwundert angesichts der Entstehungsgeschichte wenig: Die ersten Ideen zu den Festspielen entstanden während des Ersten Weltkrieges und entwarfen sie als „Projekt gegen die Krise, die Sinnkrise, den Werteverlust, die Identitätskrise des einzelnen Menschen, aber auch ganzer Völker“, wie in einem Zitat von Helga Rabl-Stadler auf der Homepage nachzulesen ist.[1] Dementsprechend steht hinter den Festspielen die Idee der Versöhnung. Max Reinhardt schrieb in seiner „Denkschrift zur Errichtung eines Festspielhauses in Hellbrunn“ an die Generalintendanz der k. k. Hoftheater,

dass die Salzburger Festspiele als „erstes Friedenswerk“ etabliert werden könnten.[2]

Als eine der wenigen Institutionen in Österreich, die sich Frieden groß auf die Fahnen schreibt, wurde das Friedensbüro Salzburg daher für eine Kooperation angefragt. Konkret ging es darum, das vielfältige Jubiläumsprogramm durch gemeinsame, partizipative Jugendprojekte zu bereichern. Als Grundlage für diese gemeinsamen Projekte diente die Geschichte Sadako Sasaki, die für die Friedensbewegung im Allgemeinen und für die Entstehung des Friedensbüros im Speziellen eine besondere Rolle spielt(e). Sadako wurde 1943 in Hiroshima gebo-

ren und überlebte den Atombombenabwurf am 6. August 1945. Sie wuchs zunächst als scheinbar gesundes, athletisches Mädchen heran. Als sie im Alter von 12 Jahren bei einem Lauftraining kollabierte und ins Krankenhaus gebracht werden musste, wurde bei ihr Leukämie diagnostiziert – eine Langzeitfolge des Atombombenabwurfs.

Eine Geschichte gab ihr in dieser schwierigen Situation besondere Hoffnung: Wenn man 1000 Kraniche aus Papier faltet, so der japanische Glaube, geht ein Wunsch in Erfüllung. Davon inspiriert, stellte Sadako zahlreiche Origami-Kraniche her (wie viele es genau waren, ist leider nicht überliefert). Festzuhalten ist

aber, dass sie für ihr Ziel viel Kraft und Durchhaltevermögen brauchte. Das Ziel, das sie antrieb, war natürlich einerseits der Wunsch, wieder gesund zu werden, zunehmend aber auch der Wunsch nach Frieden auf der Welt. Sadako starb 1955 schließlich an ihrer Krankheit, doch ihre Botschaft lebte weiter: Ihre Klassenkamerad*innen gründeten einen Verein, um Geld für ein Denkmal für sie zu sammeln. Sie stießen auf zahlreiche Widerstände, gaben ihr Engagement aber nicht auf. Die anfangs kleine Bewegung wuchs dadurch schnell an und fand auch außerhalb Japans Anhänger*innen. Schließlich gingen Spenden aus mehr als 3000 Schulen ein, sodass 1958 in Hiroshima in unmittelbarer Nähe des Friedensmuseums und der Atombombenkuppel im Friedenspark ein Monument für den Weltkinderfrieden errichtet werden konnte. Das Monument zeigt Sadako und einen Kranich. Die es umgebenden Glaskästen werden regelmäßig mit Papierkranichen gefüllt, die aus der ganzen Welt eingehen. Am Fuße des Monuments ist ein Gedicht zu lesen:

„Dies ist unser Schrei, dies ist unser Gebet: Friede auf Erden.“

Der erste Teil des Gedichts gab den partizipativen Projekten auch ihren Namen: „Dies ist unser Schrei“ soll ausdrücken, dass Engagement für den Frieden auch unbequem sein darf, vielleicht sogar soll – dass eine Botschaft, die gehört werden will, sich gegen Widerstände (gewaltfrei) durchsetzen muss. Dieses Narrativ sowie die Geschichte Sadakos ist für das Friedensbüro in mehrfacher Hinsicht bedeutsam: Einerseits steht Sadako symbolisch für die internationale Friedensbewegung und den Widerstand gegen den Atomkrieg, aus dem sich auch das Friedensbüro institutionalisierte. Andererseits wurde der Kranich selbst ein Symbol für den Frieden und Inspiration für unsere Zeitschrift *Der Kranich*, die die Botschaft von Frieden hinaustragen möchte und heuer ihren 40. Geburtstag feiert.

Die hinter den partizipativen Projekten stehenden Themen begleiten das Friedensbüro also seit seiner Anfangszeit. Umso berührender war es, in der Arbeit mit den Schüler*innen zu sehen, dass die Themen nichts an Aktualität eingebüßt haben: Die Gefahr durch Atomwaffen ist nach wie vor gegeben, auch wenn sie gegenwärtig aus dem öffentlichen Bewusstsein gerückt

sein mag. Der Zweite Weltkrieg beschäftigt uns im Sinne einer historisch-politischen Verantwortung im Rahmen erinnerungskultureller Arbeit. Das Thema Krieg ist einerseits deshalb nach wie vor präsent, andererseits aber auch, weil viele Menschen Teil unserer Gesellschaft sind, deren Erfahrung mit und durch Krieg in der jüngeren Vergangenheit zu verorten sind. Weltweit sind Menschen unter anderem aufgrund von Krieg und Verfolgung auf der Flucht. Dass diese Themen insbesondere im Rahmen von Bildung so wenig Beachtung finden, ist angesichts dieser Aktualität nicht nachvollziehbar.

Als ein Team von Friedensbüro-Referent*innen der politischen Bildung (Kristina Langeder-Höll, Sabina Lumesberger) und von Kulturvermittler*innen (Anna Adensamer, Bernhard Rusch und Anton Widauer) im Juni und Juli 2021 an Schulen in Stadt und Land Salzburg zur Geschichte Sadako Sasaki arbeiteten, wurde uns dieser Eindruck auch von Seiten der Schüler*innen bestätigt. Deutlich wurde, dass je nach lebensweltlichen Bezügen und eigenen familiären oder biographischen Erfahrungen der Zugang zum Themenfeld ganz unterschiedlich sein kann, dass aber Krieg und Frieden für alle Relevanz besitzen. Gezeigt hat sich das unter anderem darin, dass manche ihren Dank ausgesprochen haben, die angesprochenen Themen „endlich zu bearbeiten“. Im Schnittfeld von Kultureller und Politischer Bildung setzten sich die Kinder und Jugendlichen in 12 Unterrichtseinheiten mit Fragen von Krieg und Frieden, Gerechtigkeit und Teilhabe auseinander. Sie philosophierten über Dinge, die ihnen wichtig sind und für die sie sich einsetzen möchten, schrieben Gedichte, bastelten Demoschilder, sangen Protestlieder und setzten ihre Gedanken, Gefühle und Assoziationen szenisch um. Sie lernten die Geschichte weiterer Aktivist*innen kennen und setzten sich mit Strategien des gewaltfreien Widerstandes auseinander. Auch Emotionen fanden Platz und wurden verbal oder körperlich ausdrückbar. Politische Bildung und kreative Methoden aus der Tanz- und Theaterpädagogik gingen dabei – ganz in Friedensbüro-Manier – Hand in Hand. Wichtig war uns, den Rahmen möglichst offen und dialogorientiert zu halten, um auf die individuellen Interessen und Bedürfnisse der



BILD: Kristina Langeder-Höll

Klassen eingehen zu können. Dementsprechend haben sich die Projekte in jeder Klasse auch etwas unterschiedlich gestaltet und auch eine je eigene Dynamik angenommen, was die inhaltlichen Schwerpunkte sowie die methodische Umsetzung betrifft.

Für uns als Referent*innen-Team, das gemeinsam mit den Schüler*innen diese Themen bearbeitete, war vor allem beeindruckend, wie interessiert und vor allem reflektiert sich die Klassen zeigten. Egal ob in Stadt oder Land, in Mittelschulen oder Gymnasien: Die Gedanken waren tiefgründig und der Austausch bereichernd. Wir durften durch diese Arbeit viele schöne Erfahrungen sammeln und wertvolle Impulse mitnehmen. Durch das Feedback der Schüler*innen fühlen wir uns darin bestärkt, Frieden auch weiterhin unermüdlich zum Thema zu machen – es lohnt sich!

MMag.a Kristina Langeder-Höll leitete die Projektgruppe im Rahmen der Konzeptausarbeitung.

Das Team:

Salzburger Festspiele: Elisabeth Hillinger, nachfolgend Antonia Höppel
Friedensbüro-Referentinnen: Kristina Langeder-Höll, Sabina Lumesberger
Kulturvermittler*innen: Anna Adensamer, Bernhard Rusch, Anton Widauer

Klassen:

- 7.-9. Juni, 3. Klasse, BG Zell/See (19 Schüler*innen)
- 14.-17. Juni, 2. Klasse, PG St. Ursula (28 Schüler*innen)
- 22.-25. Juni, 3. Klasse, PG St. Rupert (27 Schüler*innen)
- 30. Juni-2. Juli, 2. Klasse, BG Nonntal (27 Schüler*innen)
- 5.-7. Juli, 2. Klasse, ABZ St. Josef (24 Schüler*innen)

Verweise:

[1] Salzburger Festspiele, Gründung und Idee der Salzburger Festspiele, <<https://www.salzburgerfestspiele.at/ueber-uns>>, letzter Zugriff: 20. Oktober 2021.

[2] Salzburger Land, Blick in die Vergangenheit der Salzburger Festspiele, <<https://www.salzburgerland.com/de/ge-schichte-salzburger-festspiele/>>, letzter Zugriff: 20. Oktober 2021.

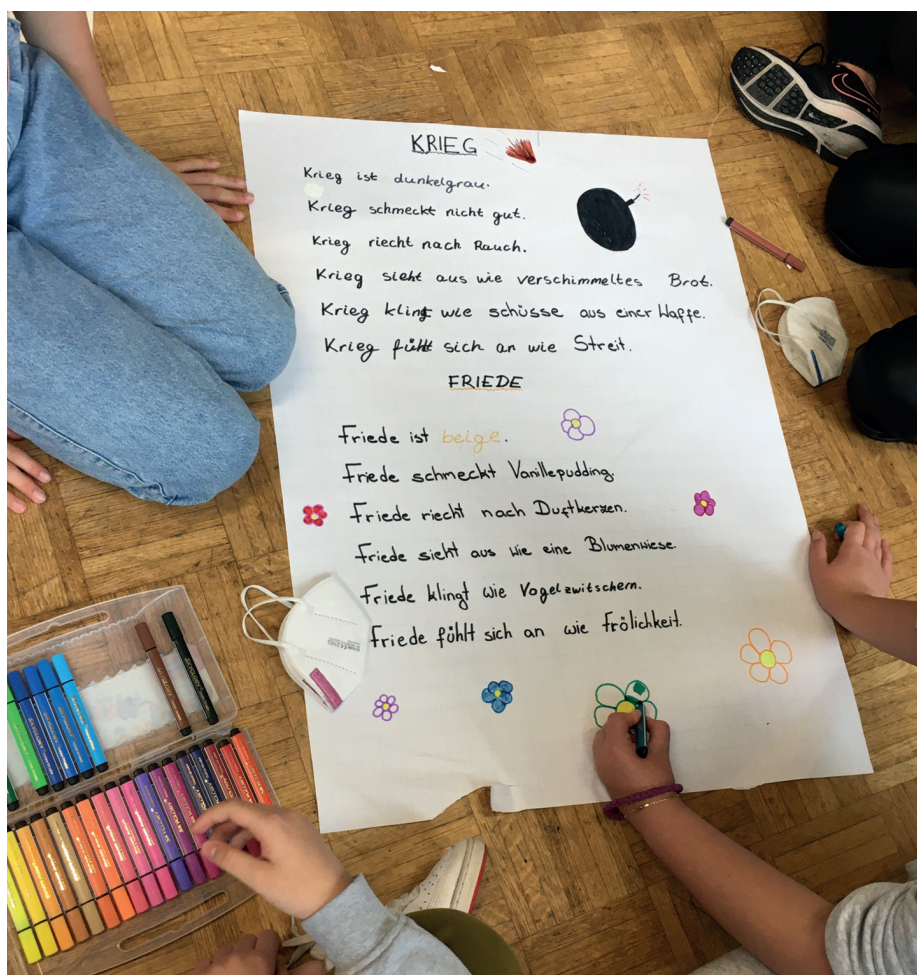


BILD: Kristina Langeder-Höll



BILD: Kristina Langeder-Höll

Lara-Marie Krauß, Aktivistin & Pressereferentin der IPPNW



Abrüsten fürs Klima!

IPPNW-Protest gegen Atomwaffen

Von Lara-Marie Krauß.



BILD: IPPNW Deutschland

Als der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen am 20. September 2017 zur Unterzeichnung freigegeben wurde, war Österreich unter den ersten Staaten, die unterschrieben. Deutschland hingegen weigert sich, dem UN-Vertrag beizutreten. Bisher ist sogar unklar, ob die neue Bundesregierung als Beobachterin an der anstehenden Vertragsstaatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag 2022 in Wien teilnehmen wird. Der Verein Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkriegs/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung (IPPNW) kritisiert diese Haltung und fordert ein Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands.

Die Organisation aus Ärzt*innen setzt sich seit 40 Jahren erfolgreich gegen Atomwaffen ein. Zu Hochzeiten des Kalten Krieges gegründet, bekamen die Mediziner*innen für ihr internationales, politisches Engagement und der Vermittlung zwischen den Atom-mächten Russland und USA 1985 den Friedensnobelpreis. 2007 war der Verein Mitbegründer der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), die 2017 für ihren Einsatz um ein vertragliches Verbot von Atomwaffen ebenfalls mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Teil des Engagements der IPPNW ist eine jährliche Aktionswoche am US-Atomwaffenstützpunkt in Büchel. Auf dem Fliegerhorst in Rheinland-Pfalz sind circa 20 US-Atombomben stationiert. Die deutsche Bundesregierung stellt sich damit gegen den UN-Vertrag zum Verbot von

Atomwaffen. 140 Aktivist*innen von IPPNW und ICAN Deutschland machten vom 06. bis zum 11. Juli 2021 genau darauf aufmerksam. Sie fordern den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag sowie den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Gleichzeitig richtet sich der Protest gegen die geplante Modernisierung der Atombomben und des Fliegerhorstes sowie die Anschaffung neuer Trägerflugzeuge und die damit verbundenen Milliardenausgaben. Dabei spielt für die IPPNW auch der Klimaschutz eine Rolle. „Bisher wird viel zu wenig beachtet, dass das Militär einen erheblichen Teil zu unserem derzeitigen CO₂-Ausstoß beiträgt!“, erklärt Ute Rippel-Lau, Vorstandsmitglied der IPPNW und Teilnehmerin am Aktionscamp in Büchel. „Die von der Bundesregierung eingesetzten Tornados, die auch Atomwaffen tragen können, verbrauchen 3.910 Kilogramm Treibstoff

pro Flugstunde. Das entspricht 12.317 Kilogramm CO₂ Äquivalent – mehr als ein*e Bundesbürger*in durchschnittlich im Jahr verbraucht. Bedenkt man nun, dass die Tornados der Bundeswehr schon vor 15 Jahren 32.853 Stunden jährlich in der Luft waren, bedeutet das einen CO₂-Fußabdruck der Kampfjetflotte für zwölf Monate von 404.650.401 Kilogramm (vgl. Deutscher Bundestag 2007: Drucksache 16/4641). Das entspricht dem Jahresausstoß einer Stadt in der Größe von Passau.“

Mit dem Austritt aus der nuklearen Teilhabe und einem klaren Bekenntnis zum Atomwaffenverbotsvertrag würde Deutschland demnach im Jahr 404.650 Tonnen weniger CO₂ ausstoßen. Hinzu kämen Einsparungen im Bundeshaushalt von mindestens 7,5 Milliarden Euro allein für den Kauf neuer Träger-

flugzeuge (vgl. ICAN Deutschland 2020: 5). Beides käme dem Klimaschutz zu Gute. Die Schieflage in der Gewichtung zwischen Klimaschutz und Rüstungsausgaben wird vor allem deutlich, wenn man sich den Bundeshaushalt ansieht: Für den Rüstungsetat hat die deutsche Regierung 50 Milliarden Euro für das Jahr 2022 vorgesehen. Das Klimaschutzpaket hingegen umfasst in vier Jahren von 2019 bis 2023 insgesamt nur 54 Milliarden Euro.

„Abrüstung fürs Klima!“ lautet deshalb eine Forderung der IPPNW. Gerade Atombomben spielen dabei eine entscheidende Rolle. Schon in ihrer Herstellung durchlaufen sie die nukleare Kette, die massiv zur Erderwärmung beiträgt: vom Uranabbau über den Transport, die Anreicherung des Urans und den Bau von Reaktoren. Auch ohne einen Test oder militärischen Einsatz der Bombe fallen enorme Mengen an radioaktivem Müll und CO₂-Emissionen an. Hinzu kommt der Druck zur Modernisierung – denn nur so funktioniert die nukleare Abschreckung. Der Bau von U-Booten, Kampfflugzeugen und Interkontinentalraketen verschwendet Geld und bindet die Fähigkeiten von Ingenieur*innen, Arbeiter*innen und Wissenschaftler*innen. Die neun Atomwaffenstaaten verschwendeten im Jahr 2019 rund 73 Milliarden Dollar für ihre Atomwaffenprogramme (vgl. ICAN 2020: 10). Die Rüstungsindustrie profitiert von Milliardenaufträgen, während jeder Test einer neuen Atombombe einen weiteren Nagel in den Sarg des Planeten schlägt.

„Als Ärzt*innen wissen wir um die katastrophalen, humanitären Folgen von Atomwaffen. Hiroshima und Nagasaki sind das schreckliche Beispiel dafür, was der Einsatz dieser Waffen anrichten kann. In den vergangenen Jahren haben Klimaforscher*innen die potentiellen Auswirkungen eines Atomkrieges unter Verwendung aller großen, strategischen Atomwaffen berechnet. Die Folge wäre ein nuklearer Winter. Weiteren Analysen der IPPNW zufolge, hätte schon ein begrenzter Atomkrieg, wie beispielsweise zwischen Indien und Pakistan, fatale globale Auswirkungen auf die Lebensmittelversorgung. Ein Temperatursturz, gepaart mit dem Ausbleiben des Niederschlags, würde sich ähnlich gefährlich auswirken wie die Erderwärmung durch die Klimakrise“, so Ute Rippel-Lau weiter. „Hinzu kommt, dass Atomwaffen und das Militär die Klimakrise weiter anheizen. Als IPPNW setzen wir uns deshalb für Frieden und eine neue, zivile Sicherheitspolitik ein.“

Das kam auch auf der Protestwoche in

Büchel zum Ausdruck. Ein buntes Programm aus Workshops, Theater, der Geburtstagsfeier des Atomwaffenverbotsvertrags sowie gut vorbereitete Protestaktionen prägten die Woche. Das Theaterprojekt „we claim your space“ hinterfragte die Rechtmäßigkeit von Atomwaffen. Diese wurde auch praktisch in Frage gestellt: Etwa 50 Aktivist*innen blockierten in einer Aktion zivilen Ungehorsams alle drei Tore des Militärflugplatzes. Schilder und Banner mit den Worten „Atomwaffen sind illegal“, „Koloniale Kontinuität – STOP Uranabbau, Bombentests, Verklappung“ und „Atomwaffen sind verboten“ unterstrichen die Botschaft.

Mit dem Aktionscamp in Büchel, ihren Analysen und Studien sowie der Bündnisarbeit in der Friedenspolitik, zeigt die IPPNW deutlich: Die Praxis der atomaren Abschreckung und die Klimakrise sind zwei fundamentale Gefahren für die Menschheit, die miteinander verknüpft sind. Trotzdem werden sie meist unabhängig voneinander betrachtet. Und genau darin liegt das Problem: Wir stecken in einer allumfassenden, essentiellen Krise und nicht in einzelnen Misereen, die sich getrennt voneinander lösen lassen. Um dieser funda-

mental Krise zu begegnen, hilft nur ein Paradigmenwechsel. Sicherheitspolitik und Klimakrise müssen zusammen gedacht und angegangen werden – weg von Aufrüstung und nuklearer Abschreckung hin zu zivilen Konfliktlösungen und gemeinsamem Handeln gegen die Klimakatastrophe.

Lara-Marie Krauß setzt sich als Pressereferentin der IPPNW gegen Atomwaffen und für den Klimaschutz ein. <https://www.ippnw.de>

Literatur:

Deutscher Bundestag, Drucksache 16/4641 (2007): Umweltbelastung durch Flugzeuge der Bundeswehr, <<https://dserver.bundestag.de/btd/16/050/1605085.pdf>>, letzter Zugriff: 30 September 2021.

ICAN Deutschland (2020): Tornado-Nachfolge – Kauf nuklearer Trägersysteme für Deutschland, <https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2020/10/20-09-29_tornado-nachfolge_final.pdf>, 30 September 2021.

ICAN (2020): Enough is enough; 2019 global nuclear weapons spending, <https://www.icanw.org/global_nuclear_weapons_spending_2020>, 30 September 2021.



AUSSTELLUNG

„DER Z/WEITE BLICK“

„Jugendkulturen und Diskriminierung“

Termine:

8.-12. November 2021,
Stadt:Bibliothek Salzburg

15.-16. November 2021,
Großsalthalle Tamsweg

18.-19. November 2021,
Kultursaal Bischofshofen

Information & Anmeldung:

Magdalena Mühlböck
0662 / 873931
muehlboeck[at]friedensbuero.at



Die Ausstellung beschäftigt sich mit Jugendkulturen, die einerseits Halt geben und andererseits genauso wie der Rest der Gesellschaft mit Diskriminierungen konfrontiert ist. In der Ausstellung werden auch Menschen und Initiativen vorgestellt, die sich dagegen auflehnen und sich für Gleichwertigkeit und Gerechtigkeit einsetzen.

Illustration: Gabriel S. Moses, Gestaltung Harald Kollwitz, Copyright: Archiv der Jugendkulturen e. V.

VERANSTALTUNG

ZIVILE KONFLIKTBEARBEITUNG IN AFGHANISTAN

„Neuer Start - neue Abgründe?“
Donnerstag, 25. November 2021, 19:00
online (Zoom)

Das Scheitern der internationalen Interventionen der letzten Jahrzehnte hat Afghanistan von einer Abhängigkeit in die nächste geführt. Das Machtvakuum scheint sich schneller zu füllen als erwartet. Die Machtübernahme der Taliban ist die eine Seite der Medaille, neue geopolitische und ökonomische Begehrlichkeiten die andere. Was bedeutet diese neue komplexe Gemengelage für zivile Konfliktbearbeitung? Wie wirken diese veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen auf die Arbeit nationaler und internationaler NGOs und was bedeutet das Scheitern in Afghanistan für die Zukunft zivilmilitärischer Zusammenarbeit auch in anderen Kriegs- und Krisenszenarien?

Mit: Martina Fischer (Politikwissenschaftlerin, Brot für die Welt) und Thomas Seibert (Philosoph, Medico International)

Moderation: Thomas Roithner (Friedensforscher, Internationaler Versöhnungsbund)

Information & Anmeldung:

Magdalena Mühlböck
0662 / 873931
muehlboeck[at]friedensbuero.at

Impressum: Die GRÜNEN Salzburg, Glockengasse 6, 5020 Salzburg

BEZAHLTE ANZEIGE

SEMINAR

„EINFACH KLASSE!“

„Demokratie im Klassenrat leben“
Freitag, 3. Dezember 2021, 09:00 bis 17:00
 AVOS - Arbeitskreis Vorsorgemedizin
 Elisabethstraße 2, 5020 Salzburg
 Teilnahmegebühr: 150€

Mit dem Projekt „einfach klasse! Demokratie im Klassenrat leben“ hat das Friedensbüro Salzburg eine kompakte und gut strukturierte Fortbildung entwickelt, die Pädagog*innen aller Schulstufen die rasche Umsetzung in der eigenen Klasse erleichtert.

Beim Klassenrat wird demokratisches Miteinander lustvoll erlebt und echte Partizipation ermöglicht. Kinder und Jugendliche trainieren Sozialkompetenz, lernen ihre Kontroversen fair auszutragen und Entscheidungen demokratisch, wertschätzend und konstruktiv zu verhandeln. Gesellschaftliche Herausforderungen oder tagespolitische Themen werden dabei ebenso behandelt wie Probleme oder Konflikte im Klassenverband.

Die Vorteile dieses erprobten demokratischen Forums für ALLE Beteiligten sind unglaublich vielfältig, wodurch der Klassenrat schon bald als eine enorme Entlastung im Schulalltag erlebt wird.

Zielgruppe: Die Fortbildung eignet sich insbesondere für Pädagog*innen aller Schulstufen, Schulleiter*innen, Beratungslehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Lehramtsstudierende, Studierende der Erziehungswissenschaft u.v.m.

einfach klasse! vermittelt die dafür erforderlichen Kenntnisse:

- Rolle und Haltung von Pädagog*innen
- Struktur, Aufbau und Umsetzung des Klassenrates
- Möglichkeiten der demokratischen Entscheidungsfindung
- Techniken zur konstruktiven Gesprächsführung und Konfliktbearbeitung in Klassen
- Methoden für den Umgang mit Diversität und unterschiedlichen Beteiligungsvoraussetzungen bei Schüler*innen
- Transfer in den eigenen beruflichen Alltag

Referentinnen: Barbara Wick & Kristina Langeder-Höll

Anmeldung & Fragen:

Barbara Wick
 0662 / 873931
 wick[at]friedensbuero.at

Gut strukturierte Seminarunterlagen sowie einführende Unterlagen vor dem Seminar sind in den Kosten inkludiert.



BILD: Annette Rollny | Fokus visuelle Kommunikation



Kranich-Abo:

4 Ausgaben um 14 Euro

Mitgliedschaft im Friedensbüro:

Mitglied: 30 Euro

Fördermitglied: 60 Euro

StudentIn, Zivi, Wehrdiener: 18 Euro

Mit Ihrem Abo unterstützen Sie die Arbeit des Salzburger Friedensbüros.

Das Friedensbüro wird unterstützt von Stadt Salzburg und Land Salzburg

LAND SALZBURG **STADT: SALZBURG**

Bundesministerium
Arbeit, Familie und Jugend

Wir danken für die Unterstützung:



Das Friedensbüro ist Mitglied folgender Plattformen:



WIR DANKEN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG.

OFFENLEGUNG

lt. Mediengesetz §§25 +43, BGBl. Nr. 314/1981

Der **KRANICH** ist die Zeitung des Friedensbüros Salzburg und berichtet mindestens vierteljährlich über friedenspädagogische und friedenspolitische Themen, Inhalte der Friedensforschung sowie Aktivitäten des Vereins »Friedensbüro Salzburg«.



Impressum:

Kranich 3/21, Friedensbüro Salzburg,
Franz-Josef-Straße 3, 5020 Salzburg.

www.friedensbuero.at

NO BLAME APPROACH

1-Tages-Workshop

Freitag, 19. November 2021, 9:00 bis 17:00
Salzburg Stadt
Kosten: 130,00 €

In unserem kompakten 1-Tages-Workshop vermitteln wir pädagogischen Fachkräften alles, was sie benötigen, um bei Mobbing wirksam und lösungsorientiert zu handeln.

Referent*innen:

Barbara Wick & Martina Rimpl

Anmeldung & Information:

Barbara Wick
0662 / 873931
[wick\[at\]friedensbuero.at](mailto:wick[at]friedensbuero.at)

NO BLAME APPROACH COACH

**Fortbildung für Psychosoziale
Unterstützer*innenteams an Schulen**
Freitag, 26. November 2021, 09.00 bis 17.00
AVOS - Arbeitskreis Vorsorgemedizin Salzburg
Elisabethstraße 2, 5020 Salzburg
130,00 €

Das Friedensbüro Salzburg bietet seit 2017 Fortbildungen zum No Blame Approach an, einer Interventionsmethode zum STOPP von Mobbing. Um den oft komplexen Ausgredungsdynamiken noch wirksamer entgegenzutreten, empfiehlt sich eine Bündelung der interdisziplinären Kompetenzen an Schulen. Psychosoziale Unterstützungsteams (Schulsozialarbeiter*innen, Beratungslehrer*innen, Schulpsycholog*innen) können dabei einen wesentlichen Beitrag leisten!

Bei der Fortbildung werden Teilnehmer*innen Handwerkszeuge vermittelt, die sie als Coaches bei der Vorbereitung und Durchführung des Ansatzes unterstützen können.

Anmeldung & Information:

Barbara Wick
0662 / 873931
[wick\[at\]friedensbuero.at](mailto:wick[at]friedensbuero.at)

FACHGESPRÄCH

Polarisierende Konflikte in Krisenzeiten

**„Herausforderungen für Politische Erwachsenenbildung und
Kommunale Friedensarbeit“**

Freitag, 12. November 2021, 09:45 bis 17:00

Antoniussaal/ABZ Itzling, Kirchenstraße 34, 5020 Salzburg
Unkostenbeitrag: 18,00 €

Die Corona-Krise hat viele Bereiche der Gesellschaft radikal und gleichzeitig getroffen. Sie ist keine rein gesundheitliche, sondern auch eine politische, gesellschaftliche und ökonomische Krise. Missstände und soziale Ungleichheiten treten durch die Pandemie besonders deutlich hervor, denn nicht alle sind von der Krise und ihren Folgen in gleichem Ausmaß betroffen. Mit diesen Ungleichheiten sind gesellschaftliche und politische Konfliktlinien verknüpft, die sich mit fortschreitender Dauer intensivieren und Spaltungs- und Polarisierungsprozesse nach sich ziehen.

Insbesondere Organisationen und Institutionen, die sich im Bereich der kommunalen Friedensarbeit und der politischen Erwachsenenbildung engagieren, müssen angesichts dieser Entwicklungen konstruktive Herangehensweisen entwickeln. Ein vielversprechender Ansatz dafür liegt in der Verknüpfung von politischer Bildung, Sozialraumorientierung und Sozialtherapie. Der Fachtag eröffnet einen Raum dafür, den Blick für diese interdisziplinären Potentiale zu schärfen und Erfahrungen gemeinsam zu reflektieren.

Im Rahmen von theoretischen Inputs und anschließenden diskursiven Elementen gehen wir dabei zunächst der Frage nach, wie mit der Krise verbundene Lernpotentiale angeregt und Angebote möglichst inklusiv gestaltet werden können, sodass ein breites Publikum abseits der üblichen Echoräume angesprochen wird. Prinzipien der Sozialraumorientierung können hierbei wichtige Impulse für das zielgruppen- und bereichsübergreifende Arbeiten, die Vernetzung und Kooperation verschiedener Anbieter*innen sowie das subjektorientierte und lebensraumbezogene Erkennen und Fördern von Lebenswelten liefern. Schließlich wird der vielfach praktizierte sozialtherapeutische Ansatz der Thérapie Sociale nach Charles Rojzman im Rahmen eines praxisorientierten Workshops vorgestellt.

Referent*innen: Norbert Frieters-Reermann (Katholische Hochschule NRW, Köln), Christoph Stoik (FH Campus Wien), Gudrun Knittel (Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung, Wahlenau)

Mit Kommentaren von: Jutta Dier (Friedensbüro Graz), Reiner Steinweg (Friedensstadt Linz)

Moderation: Hans Peter Graß (Friedensbüro Salzburg)

Information: Hans Peter Graß, grass@friedensbuero.at

Anmeldung:

Friedensbüro Salzburg
Franz-Josef-Straße 3, 5020 Salzburg
0662 / 873931
[office\[at\]friedensbuero.at](mailto:office[at]friedensbuero.at)